

Deutsche Interessen am erfolgreichen Wahlprozess im Kongo

von Dr. Andreas Schockenhoff MdB

stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Worum geht es?

Die Vereinten Nationen haben die EU gebeten, im Umfeld der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo am 18. Juni die VN-Friedenstruppen (MONUC - Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo) gegenüber möglichen Friedensgegnern zu unterstützen. Der Einsatz würde räumlich klar begrenzt (Kinshasa), zeitlich befristet (vier Monate) und vom Auftrag her (Abschreckung, Evakuierung) klar definiert sein. Vor allem in Kinshasa entscheidet sich, ob der Wahlprozess und das Wahlergebnis akzeptiert werden. Da MONUC dort aber nur mit zwei kleinen Bataillonen stationiert ist und - nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wiederholt eine Aufstockung des Umfangs von MONUC abgelehnt hat - über keine Reserven verfügt, die bei einer Zuspitzung der Lage nach Kinshasa verlegt werden könnten, wurde diese Bitte an die EU ausgesprochen.

Deutschland und die Europäische Union haben ein erhebliches Interesse, dass der Stabilisierungsprozess im Kongo fortgesetzt wird. Erfolgreiche Wahlen sind dabei ein entscheidender Schritt. Wenn die notwendigen Voraussetzungen für eine EU-Mission erfüllt sind (u.a. EU-Mission von kongolesischer Führung gewünscht, breites EU-Engagement, klares VN-Mandat), sollte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einem Einsatz der Bundeswehr zustimmen. Die Bundeswehr hätte die Aufgabe, in einer Krisensituation die internationalen Wahlbeobachter und Personal der internationalen Gemeinschaft zu evakuieren und würde damit einen wichtigen Sicherheitsbeitrag für einen ordnungsgemäßen Verlauf der Wahlen leisten können.

Warum EU-Truppen in den Kongo anlässlich der Wahlen am 18. Juni?

Wahlen im Kongo am 18. Juni 2006:

Am 18. Juni 2006 sollen im Kongo Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden. Es werden die ersten wirklich freien Wahlen in der Geschichte der Demokratischen Republik Kongo sein. 25,6 Millionen Menschen des Landes sind zu den Wahlen aufgerufen. 270 politische Parteien stellen sich zur Wahl. Sollte keiner der Kandidaten im ersten Durchgang eine absolute Mehrheit gewinnen, soll innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung des amtlichen Endergebnisses eine Stichwahl stattfinden. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl soll am 14. Juli bekannt gegeben werden. Teilergebnisse der gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahl sollen bereits vor dem 14. Juli verkündet werden.

Bedeutung der Wahlen:

Beide Wahlgänge stellen einen bedeutenden Schritt im Friedens- und Stabilisierungsprozess dar, der mit dem Friedensabkommen von 2002 und dem Amtsantritt der Allparteienregierung im Jahr 2003 begann. Die Demokratische Republik Kongo wird derzeit von einer Übergangsregierung unter Beteiligung verschiedener ehemaliger Rebellengruppen und der zivilen Opposition regiert. Die internationale Gemeinschaft hat seit Beginn ihrer Intervention im Kongo auf die nun anstehenden Wahlen hingearbeitet. Wichtige Etappenziele hat sie bereits erreicht: Wählerregistrierung (anstatt der erwarteten 15 Mio. haben sich über 25 Mio. Kongolesen registrieren lassen), Verfassungsreferendum, Demobilisierung und Reintegration.

Erfolgreiche Wahlen, einschließlich der Bildung einer neuen Regierung, möglichst ohne dass es zu größeren Gewaltausbrüchen kommt, sind eine notwendige Voraussetzung, um das Ziel einer tragfähigen Friedensordnung und somit den internationalen Rückzug zu erreichen. Sie bieten die beste Aussicht auf eine dauerhafte Beilegung des 1998 ausgebrochenen Konflikts, der rund 3,8 Millionen Tote gefordert hat.

Im Unterschied zum Verfassungsreferendum im Dezember 2005, das ruhig verlief, geht es jetzt um die tatsächliche Machtverteilung. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass einer oder mehrere politische Kontrahenten während oder nach den Wahlen sich auflehnen und versuchen, den Prozess zu destabilisieren

Aufgabe von MONUC und Ergänzung durch EU-Truppen:

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte, knapp 17.000 Soldaten starke Friedenstruppe MONUC ist für die Sicherheit im Kongo verantwortlich. MONUC ist die größte Mission in der Geschichte der Vereinten Nationen. Rund 15.000 Soldaten sind im unruhigen Osten stationiert, wo sie seit eineinhalb Jahren die Macht der Milizen eindämmen und teilweise – vor allem in der Goldprovinz Ituri an der ugandischen Grenze – auch brechen

konnten. Die MONUC-Soldaten müssen auch während der Wahlperiode an ihren Standorten bleiben, um das Erreichte nicht zu gefährden.

MONUC ist in Kinshasa mit zwei kleinen Bataillonen stationiert, MONUC verfügt jedoch über keine Reserve mehr, die bei einer Zuspitzung der Lage zur Verstärkung nach Kinshasa verlegt werden könnte. Das Bemühen von VN-Generalsekretär Annan, diese Truppen dauerhaft zu verstärken, ist wiederholt vom VN-Sicherheitsrat abgelehnt worden. Nunmehr haben sich die VN an die EU mit der Bitte gewandt, MONUC für die Wahlen zeitlich befristet mit einer eigenen Mission zu unterstützen.

Entscheidend im Wahlprozess ist die Sicherung des politischen Umfeldes in Kinshasa. Nur dort wird sich entscheiden, ob der Wahlprozess und das Wahlergebnis akzeptiert werden. Die EU-Mission soll helfen sicherzustellen, dass die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen demokratisch und sicher ablaufen. Damit ist keinerlei direkte oder indirekte Unterstützung bestimmter Kandidaten verbunden.

Die EU-Truppen sollen deshalb in Kinshasa, also räumlich begrenzt, für die Zeit des Wahlprozesses, d.h. auch zeitlich eng begrenzt, gegenüber möglichen Friedensgegnern abschreckend wirken. Und sie sollen zugleich der Bevölkerung und den kongolesischen Politikern demonstrieren, dass die internationale Gemeinschaft entschlossen ist, ihnen die Chance zu garantieren, endlich legitime demokratische Institutionen zu wählen. In diesem Zusammenhang dient der Einsatz der EU-Truppen auch dazu, den Wahlbeobachtern den Rücken zu stärken, sowie sie und das Personal der internationalen Gemeinschaft zu schützen.

Die zeitlich befristete Unterstützung von MONUC durch EU-Truppen zur Sicherstellung erfolgreicher Wahlen würde damit ein wichtiger Beitrag im Rahmen der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft sein, den Kongo zu stabilisieren, und die Voraussetzung schaffen, das Engagement der internationalen Gemeinschaft zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Was gezielte kurzfristige Einsätze erfolgreich bewirken können, hat bereits die EU-Militäroperation ARTEMIS 2003 in der Ituri-Region bewiesen.

Deutsche / europäische Interessen an einer erfolgreichen Stabilisierung des Kongo:

Deutschland hat ein erhebliches Interesse an der erfolgreichen Stabilisierung des Kongo.

Ein gravierender Rückschlag bei den Stabilisierungsbemühungen im Kongo oder sogar deren Scheitern würde sich auf den afrikanischen Kontinent und die internationale Gemeinschaft auswirken.

Die Demokratische Republik Kongo ist wegen ihrer Größe und ihres Reichtums an Ressourcen einer der zentralen Staaten des afrikanischen Kontinents. Die Entwicklung im Kongo beeinflusst die zahlreichen unmittelbaren Nachbarn und strahlt weit ins südliche Afrika hinein. Nicht ohne Grund haben zahlreiche afrikanische Staaten - von Uganda über Angola bis Simbabwe - in den kongolesischen Bürgerkrieg eingegriffen. U.a. der Konflikt in Norduganda oder eine endgültige Aufarbeitung des Völkermords in Ruanda sind ohne die endgültige Befriedung des Kongo nicht denkbar.

Ziel der internationalen Anstrengungen ist auch, dass der Kongo in der Lage ist, sein Staatsgebiet zu kontrollieren. Dies ist notwendige Voraussetzung dafür, dass das Land z.B. nicht ideales Rückzugsgebiet für transnational agierende terroristische Gruppen und Kriminelle wird.

Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Kongo ist das mit Abstand wasserreichste Land auf dem Kontinent. Allein die Staustufe von Inga am Unterlauf des Kongo-Flusses könnte das gesamte südliche Afrika mit Strom beliefern, wenn die von einer deutschen Firma hergestellte Anlage – immerhin das zweitgrößte Wasserkraftwerk der Welt – repariert würde.

Die EU hat bereits viel (Geld und Know how) in die Stabilisierung des Kongo investiert. Deutschland trägt mit ca. 80 Mio Euro zum Haushalt von MONUC bei. Hinzu kommen Beiträge zu der zivilen EU-Mission, zum Wahlprozess und die bilaterale Entwicklungshilfe.

Nicht zuletzt stellt die Anfrage die Glaubwürdigkeit europäischer Politik auf die Probe. Europa und Deutschland können nicht auf der einen Seite immer wieder eine Verantwortung gegenüber Afrika als Nachbarkontinent betonen sowie effektives Handeln der VN fordern, u.a. damit nicht ein zweites Ruanda sich ereignet, und auf der anderen Seite im Ernstfall nicht bereit sein, ein gegenüber den Erfolgsaussichten abgewogenes und kalkulierbares Risiko mitzutragen. Dies bedeutet nicht, dass sich Europa zwangsläufig in jedem Konflikt in Afrika engagieren muss. Es wird Fälle geben, bei denen zu Recht ein europäisches Engagement verneint wird, weil europäische Interessen nicht wesentlich berührt sind.

Beitrag der Bundeswehr:

Die Bundeswehr hätte die Aufgabe, in einer Krisensituation die internationalen Wahlbeobachter und Personal der internationalen Gemeinschaft zu evakuieren. Mit dem Schutz für Wahlhelfer würde sie einen wichtigen Sicherheitsbeitrag für einen ordnungsgemäßen Verlauf der Wahlen leisten.

Als Voraussetzungen für einen Einsatz der Bundeswehr im Rahmen einer EU-Mission im Kongo müssen folgende fünf Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Der kongolesische Präsident Joseph Kabila sollte öffentlich erklären, dass die Anwesenheit der EU-Mission zur Verstärkung von MONUC vor und nach den Wahlen ausdrücklich gewünscht ist.
2. Die Mission braucht eine breite Basis in der EU, die sich nicht nur in der Zustimmung unserer europäischen Verbündeten, sondern auch im breiten Engagement der EU-Mitgliedstaaten widerspiegeln muss.

Deutschland, Frankreich und die übrigen EU-Mitgliedstaaten sollten jeweils ein Drittel des Gesamtumfangs der EU-Mission Soldaten stellen.

3. Erforderlich ist zudem ein robustes Mandat des VN-Sicherheitsrates, in dem zwischen der EU-Mission und MONUC die Zuständigkeiten und die Aufgabenverteilung eindeutig und unmissverständlich definiert sind.
4. Eine räumliche und zeitliche Begrenzung des Auftrags der EU-Mission und eine klare Definition der Voraussetzungen für eine Beendigung der EU-Mission (Exit-Strategy) sind weitere Grundbedingungen für die Zustimmung zu einem Einsatz deutscher Soldaten. Die Stationierung der Truppen sollte sich auf Kinshasa sowie auf einen Zeitraum von vier Monaten beschränken.
5. Eindeutig müssen auch die Risiken gegen die Erfolgsaussichten der Mission abgewogen werden.

Wenn die Bundesregierung versichert, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind, sollte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einem Einsatz der Bundeswehr zustimmen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertraut auf das Urteil der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr, dass die dafür vorgesehenen deutschen Streitkräfte zu diesem Einsatz in der Lage sind.